Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Amtsblattbezirk ℳ 30 (Familienanzeigen und Stellengesuche Reichsmark 15), auswärts 36, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 80, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 45, auswärts 60 Reichspfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12208.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Sachsen, Nr. 28.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg, der Stadträte in Grünhain, Lößnitz, Neustädtel und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und des Amtsgerichts zu Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Sachsen.
Fernsprecher: Aue 31 und 91. Lößnitz (Amt Aue) 440. Schneeberg 10. Schwarzenberg 5316. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage kann in keinem Falle übernommen werden, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 140. — Freitag, den 19. Juni 1931. — 84. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Auf Blatt 506 des Handelsregisters, die Firma **Günther & Neumeister, Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in **Schneeberg**, betr., ist heute eingetragen worden, daß die Kaufleute Willy und Fritz Fritzsch in Schneeberg als Geschäftsführer ausgeschieden sind.

Amtsgericht Schneeberg, 12. Juni 1931.

Das Konkursverfahren über den Nachlaß des Bürgermeisters **Gustav Alfred Seifert** in **Raschau** wird hierdurch aufgehoben, nachdem der im Vergleichstermine vom 25. März 1931 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 25. März 1931 bestätigt worden ist. K 40/30

Schwarzenberg, den 9. Juni 1931. **Das Amtsgericht.**

Sonnabend, den 20. Juni 1931, 11 Uhr sollen an Ort und Stelle in Zschorlau **1 Sprechapparat, 1 Klavier und 1 elektr. Klavier** öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden. Treffpunkt der Bieter: Gastwirtschaft „Zum Roß" in Zschorlau.

Die Vollstreckungsstelle des Finanzamts Aue.

Der öffentliche Platz zwischen dem ehem. Stadthaus I und dem Grundstück des Herrn Kaufmann Bruno Schöne einschließlich des Durchganges von der Erlaer Straße nach der Vorstadtstraße soll für den öffentlichen Verkehr eingezogen werden.

Etwaige Widersprüche sind innerhalb drei Wochen nach Erscheinen dieser Bekanntmachung beim unterzeichneten Stadtrat anzubringen.

Schwarzenberg, am 16. Juni 1931.

Der Rat der Stadt — Hauptkanzlei.

Rettung Oesterreichs durch England?

Französische Schlappen?

Bekanntlich hat es die französische Politik für eine ihrer Hauptaufgaben gehalten, sich den maßgebenden Einfluß in Oesterreich, dem Eingangstore zum Südosten Europas, zu verschaffen. In Berlin, Rom und London war man natürlich nicht entzückt von den französischen Bemühungen und legte entsprechende Gegenminen. Der lachende Dritte war Oesterreich, das, nicht schüchtern, allerlei Vorteile aus seiner umworbenen Stellung zu ziehen verstand. Mit ihrem Eingehen auf den Zollunionsplan, der in erster Linie als Druckmittel (Erpressungsmanöver klingt nicht gut) auf Paris gedacht war, hatte sich die schlaue Wiener Diplomatie aber verrechnet. Frankreich nutzte seine finanziellen Machtmittel aus und brachte durch die Sprengung der Wiener Kreditanstalt das Wirtschaftsgebäude Oesterreichs ins Wanken.

•

Am vergangenen Dienstag trat infolge der politischen Auswirkungen der Krise das Kabinett Ender zurück. In Paris war der Jubel groß. Man glaubte den Sieg über die lästige Konkurrenz in der Tasche zu haben. Es wurden dort sofort alle Vorbereitungen getroffen, die Finanzhoheit über Oesterreich zu übernehmen, und schon bereitete sich der Alt-Bundeskanzler Seipel, ein erklärter Freund des Franzosenkurses, vor, die Zügel der Regierung zu übernehmen. Plötzlich heißt es, daß die Bank von England die Rettung Oesterreichs aus seiner Finanznot übernommen habe. Wenn sich diese Nachricht bestätigt, so würde das bedeuten, daß in dem stillen Kampfe zwischen London und Paris augenblicklich die Engländer Oberwasser hätten. Annehmbar ist dieser Schlag gegen Frankreich in Chequers vorbereitet worden, was man natürlich weder in London noch Berlin zugeben wird. Wenn dem so ist, so hätte die Begegnung zwischen den englischen und den deutschen Ministern doch wenigstens einen Erfolg zu verzeichnen. Nun kann man gespannt sein, wie die französische Regierung diese Schlappe parieren wird.

•

Bisher wollten in der Berliner Presse Andeutungen über einen französischen Kredit für Deutschland nicht verstummen. Zugleich mit der Meldung von dem englischen Vorschuß für Oesterreich wird nun das Gerücht verbreitet, amerikanische Banken hätten Deutschland einen Kredit von 200 Millionen Dollar eingeräumt. Wenn hier Zusammenhänge bestehen, was durchaus möglich ist, so würde das eine weitere Niederlage der französischen Politik bedeuten, über die man sich nur freuen kann, wobei freilich die Frage über die Zweckmäßigkeit der Auslandskredite überhaupt außer Spiele steht. ⊙

• • •

Vorschuß der Bank von England.

Wien, 17. Juni. Das große Ereignis der entscheidungsschweren Nacht, die dem Rücktritt des Kabinetts Ender gefolgt ist, ist die Nachricht, daß die Bank von England der österreichischen Nationalbank 150 Millionen Schilling als Vorschuß auf die ebenso große Schatzwechselanleihe überwiesen hat, um die sich die Regierung schon seit einem Monat vergeblich bemüht, weil sie die außenpolitischen Bedingungen Frankreichs nicht erfüllen will. Dadurch hat England im letzten Augenblick ein verhängnisvolles Anwachsen der Währungsbesorgnisse abgewendet, aber auch entscheidend in die Frage der neuen Regierungsbildung eingegriffen, weil es nun klar geworden ist, daß das neue Kabinett nicht auf Frankreichs Gnaden angewiesen ist. In Finanzkreisen spricht man von einem Geniestreich des Außenministers Schober, dem es im letzten Augenblick gelungen ist, England zur Hilfeleistung zu veranlassen.

•

Kleine Diktatur für Oesterreich.

Kommt Ender wieder?

Wien, 17. Juni. Die amtliche Nachrichtenstelle meldet: Der Bundespräsident Miklas hat heute abend den Bundeskanzler Dr. Ender die Bildung der neuen Regierung zu übernehmen. Ender erklärte, daß er dieser Aufforderung nur Folge leisten könne, wenn gewisse Vorbedingungen geschaffen würden. Die erste Bedingung sei, daß das Parlament der Regierung weitgehende außerordentliche Vollmachten für eine angemessene Zeit erteile, um das Gleichgewicht im Bundeshaushalt rasch wieder herzustellen und in dem die Kreditanstalt betreffenden Fragenkomplex die gebotenen Maßnahmen treffen zu können. Eine weitere Bedingung sei die, daß die Bereitwilligkeit gewisser Persönlichkeiten zur Mitwirkung in der neuen Regierung gegeben sei.

• • •

Wien, 17. Juni. Die Polizei hat gegen einen früheren Direktor der Kreditanstalt, der bereits seit längerer Zeit pensioniert ist und sich im Auslande aufhält, eine Untersuchung eingeleitet.

•

Wien, 17. Juni. Im Zusammenhang mit Diebstählen, die sich seit längerer Zeit in der Polizeidirektion ereignet haben, ist ein hoher Polizeibeamter seines Postens enthoben worden. Der Name des Beamten wird nicht genannt.

Berlin, 17. Juni. Der Reichswirtschaftsminister hat gegen den süddeutschen Kohlenwirtschaftsverband und noch acht andere Wirtschaftsverbände sowie Kohlengroßhandelsverbände (Stuttgart, Reutlingen, Mannheim) wegen Verstoßes gegen die Kartellverordnung beim Kartellgericht Berlin Strafantrag gestellt. Der Verband hatte über mehr als 100 süddeutsche Kohlenhandlungen die Sperre verhängt, ohne die vorgeschriebene Einwilligung des Kartellgerichtsvorsitzenden zu dieser Maßnahme einzuholen.

Antibes, 17. Juni. Großfürst Peter von Rußland, ein Bruder des Großfürsten Nikolaus, ist im Alter von 67 Jahren gestorben.

Gegen die Notverordnung.

Ein deutschnationaler Vorstoß.

Dresden, 17. Juni. Im Landtag hat die deutschnationale Fraktion folgenden Antrag eingebracht: Die Regierung wird beauftragt: 1. die sofortige Aufhebung der beiden letzten Notverordnungen vom 26. März und 5. Juni 1931 von der Reichsregierung zu fordern; 2. eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes darüber herbeizuführen, daß die Notverordnung vom 5. Juni 1931 der Verfassung widerspricht und deswegen aus verfassungsrechtlichen Gründen aufgehoben werden muß; die Bestimmungen über die Kürzungen der Gehälter der Beamten, Angestellten und Arbeiter in Reich, Ländern und Gemeinden dem Artikel 129 der Reichsverfassung widerspricht und deswegen rechtsunwirksam sind; die Bestimmungen im vierten Teil, Kapitel 9 der Notverordnung dem Artikel 127 der Reichsverfassung widersprechen und deswegen rechtsunwirksam sind. (Der Artikel 127 der Reichsverfassung sichert das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, das durch die Notverordnung beseitigt worden ist.)

•

Im weiteren Verlauf der Aussprache zur Notverordnung wurde von allen Rednern energisch die Aufhebung bezw. Abänderung der Notverordnung verlangt.

Nächste Sitzung 18. Juni.

• • •

Braunschweig appelliert an Hindenburg

um Aufhebung der Notverordnung.

Braunschweig, 17. Juni. Der Braunschweigische Landtag setzte heute die Beratung über den Dringlichkeitsantrag der Nationalsozialisten fort, bei der Reichsregierung die sofortige Aufhebung der Notverordnung zu verlangen. Von der Fraktion der bürgerlichen Einheitsliste war dazu ein Antrag eingebracht, nicht die Reichsregierung, sondern den Reichspräsidenten selbst zu ersuchen, für die Aufhebung der Notverordnung einzutreten und zu verlangen, daß die Reichsregierung eine Milderung im Interesse der arbeitenden Klassen vornehme. Nachdem Minister Küchenthal seine Erklärung gegen die Notverordnung abgegeben hatte, wurde der Dringlichkeitsantrag, beim Reichspräsidenten gegen die Notverordnung Protest zu erheben, angenommen.

• • •

Keine Zugeständnisse Brünings an die DVP.

Berlin, 17. Juni. Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, gab einem Pressevertreter gegenüber Erklärungen über die praktischen Auswirkungen der Entscheidung über die Notverordnung. Auf die Frage, was unter dem „im Einvernehmen mit dem Reichskanzler in der nächsten Zeit zu erwartenden inner- und tributpolitischen Maßregeln" zu verstehen sei, führte Dingeldey aus: Es ist selbstverständlich, daß wir uns nicht wehrlos immer weiter fremde Gelder vom Ausland abziehen lassen können und gleichzeitig weiter an das Ausland Zahlungen leisten, während wir im Innern zu wirtschaftlichen Maßnahmen von gefährlichsten Folgen greifen müssen. Dieser Zusammenhang der Tatsachen wird jedem Reichskanzler das Gesetz des Handelns nach Inhalt und Zeitpunkt aller tributpolitischen Maßnahmen über alle sonstigen Bedenken und Rücksichten hinweg diktieren müssen. In einen solchen Kampf kann aber die Regierung nur eintreten, wenn der Reichskanzler ihn mit einer Regierung aufnimmt, die in ihrer veränderten Zusammensetzung Gewähr für die denkbar größte sachliche Autorität und Entschlossenheit bietet. Da die Notverordnung nicht mehr zu beseitigen war, ohne die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit des Reiches heraufzubeschwören, so müssen nunmehr mit größter Beschleunigung die vernachlässigten inneren Ursachen unserer finanziellen Lage durch entschlossene Reformen nach einem einheitlichen Gesamtplan unter Vermeidung jeder Einseitigkeit in Angriff genommen werden. Auch für diese Aufgabe bedarf es neuer entschlossener Persönlichkeiten. (Es handelt sich hier also nur um Wünsche der DVp., von irgendwelchen Zugeständnissen des Kanzlers kann keine Rede sein. E. V.)

• • •

Fronde in der SPD.

Breslau, 17. Juni. Eine Funktionärversammlung der SPD. Groß-Breslau nahm mit großer Mehrheit eine Entschließung an, in der sie die Haltung ihrer Delegierten auf dem Leipziger Parteitag billigt. Diese Haltung sei durch die neueste Entwicklung der Dinge, insbesondere durch die von der Entschließung als „unverantwortlich" bezeichnete Tolerierung, die die SPD. am 15. Juni ausgesprochen habe, völlig gerechtfertigt. Von der Notverordnung behauptet die Entschließung, sie zerstöre die Grundlagen der noch vorhandenen deutschen Sozialpolitik, setze den Lohnraub fort und sei ein Hohn auf jede Steuergerechtigkeit. Der Kampf gegen legalen und illegalen Faschismus schließe immer stärker den Kampf gegen die Regierung Brüning ein. Diese wird dabei in der Entschließung als „von den Kapitalisten völlig abhängig und sozialreaktionär" bezeichnet. Die Breslauer Sozialdemokraten seien gewillt, diesen Standpunkt im Bunde mit allen Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung zu organisieren. Man werde alle Kräfte dafür einsetzen, daß die Mehrheit der Partei zu derselben politischen Stellung komme.

Berlin, 18. Juni. Die Metallarbeiterverbände der Nordwestgruppe verlangen in einem an den Arbeitgeberverband gerichteten Schreiben, daß in den Mitte Juli stattfindenden Lohnverhandlungen auch die Arbeitszeit neu geregelt wird. Für den Fall, daß die Unternehmer diese Forderung ablehnen, soll das Schreiben der Metallarbeiterverbände als Kündigungsabsicht für das am 30. September ablaufende Abkommen zu betrachten sein.

SLUB
Wir führen Wissen.